

NEWS

CSV

Das Zwetschgenopfer

Raymond Klein

Anfangsgehälter senken, Laufbahnen reformieren - was ist dran am umstrittenen CSV-Vorschlag zur Reform des öffentlichen Dienstes?

„Den Zwetschgenbaum statt des Pfirsichbaums verdorren lassen“, so lautet eine der 36 Kriegslisten des Alten China, die dem sinophilen Jean-Claude Juncker nicht fremd sein dürften. Beim „Ausrutscher“ seiner Partei in Sachen Anfangsgehälter für StaatsbeamtInnen könnte es sich sehr wohl um den, in der westlichen Kultur als „Bauernopfer“ bekannten, klugen Schachzug handeln. Indem nämlich die CSV ein neues Thema lanciert, kann sie andere, ihr unangenehme Angelegenheiten unbemerkt aus der öffentlichen Diskussion verschwinden lassen. Vergessen die versäumte Gehälterreform der bereits jetzt in Staatsdiensten stehenden BeamtInnen. Vergessen ebenso die Niederlage bei der Euthanasie-Debatte. Und vergessen das Debakel in Sachen Bankgeheimnis. Indem sie die neu einzustellenden StaatsbeamtInnen, also die SchulabgängerInnen, brüskiert, darf die CSV hoffen, die Ernteschäden - den Verlust an Wählerstimmen - an drei Pfirsichbäumen in Grenzen zu halten: Bei der Staatsbeamtengewerkschaft CGFP, bei den konservativen Kreisen und bei der Bankenlobby.

„Wir haben das Thema nicht lanciert“, betonte CSV-Präsident François Biltgen bei einer Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch. Allerdings sei es normal, dass die CGFP im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen scharf reagiert habe. Als „Sozialklau“ nämlich bezeichnet die Staatsbeamtengewerkschaft die folgende, am vergangenen Sonntag angenommene Passage im CSV-Wahlprogramm: „In diesem Sinne wollen wir für zukünftige Staatsbeamten die Anfangsgehälter näher an den Privatsektor heranführen“.

Für Biltgen handelt es sich bei diesem Vorschlag jedoch nicht um eine Maßnahme des Sozialabbaus, sondern um einen Teil der notwendigen strukturellen Reform des öffentlichen Dienstes. Er weist darauf hin, dass die CSV-Vorschläge auch Gehaltserhöhungen umfassen, unter anderem durch die Anpassung der Laufbahnen an die neue europäische Kategorisierung der Hochschuldiplome und durch die Einführung des „Leistungs- und Verantwortungsprinzips“. Weil aber

diese Gehälterreform kostenneutral ausfallen soll und man in Luxemburg „niemandem etwas wegnimmt, das er schon hat“, so Biltgen, könne man nur bei den Anfangsgehältern ansetzen, um Spielräume in den Laufbahnen zu schaffen.

Ob gewollt oder ungewollt - die heftigen Reaktionen, beispielsweise in Form von Lesercommentaren auf der „wort.lu“-Site, deuten darauf hin, dass die Staatsbeamtendiskussion, wie bereits 1999, ein Wahlkampfthema werden könnte. „Et kann net s'én dass se am Privatsektor sech kromm a bockeleg schafen an beim Staat liewen se wéi d'Hären!“, so ein Befürworter des CSV-Vorschlags. Als Gegenargument wird angeführt, dass jemand, der im Privatsektor Karriere macht, gewiss sogar mehr verdient als ein Verwaltungsdirektor. Und: „Im öffentlichem Dienst ist man gezwungen, zwei Prüfungen zu absolvieren innerhalb zwei Jahren, um fest eingestellt zu werden.“ Schließlich werden, immer noch auf wort.lu, auch soziale Überlegungen angeführt: Man solle einfach die „Mindestlöhne an die bestehenden Anfangsgehälter beim Staat anpassen“ und dadurch jungen Menschen helfen, „sich eine Zukunft aufzubauen, sich ein Eigenheim zu leisten und eine Familie zu gründen“.

Es dürfte für die CSV ein Leichtes sein, dergleichen großzügige Vorschläge als unrealistisch abzulehnen. Auch wenn sie es nicht wahrhaben will, weiß die Bevölkerung doch, dass die Betriebe, die in Luxemburg die Krise überleben, nicht auch noch substanziell höhere Löhne zahlen werden. Und dass das Steueraufkommen, von dem die Beamtengehälter finanziert werden, in den kommenden Jahren eher sinken als steigen wird. Schlimmstenfalls bricht das Luxemburger Modell eines Nischenstandortes in einem großregionalen Umfeld zusammen und stellt so den Nutzen und die Finanzierbarkeit des öffentlichen Dienstes in seiner heutigen Form in Frage. Oder, im besten Fall, entwickelt der öffentliche Dienst ein neues Selbstverständnis als Dienstleister für den Erhalt dieses großregionalen Wirtschaftsstandortes. In dieser Perspektive aber stellt der CSV-Vorschlag, die „droits acquis“ der alten Staatsbeamten auf Kosten der Arbeitsbedingungen und Einkünfte der jüngeren zu erhalten, schlicht die Empfehlung für einen Irrweg dar.

SHORT NEWS

Aids-Neuinfektionen steigen

„Aids bleibt eine große Bedrohung für die Menschheit“, so der Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo diese Woche bei der Vorstellung des Aktivitätsberichts des „Comité de surveillance du SIDA“. So sei die Zahl der Neuinfektionen mit Aids von 46 Fällen im Jahr 2007 auf 68 Fälle im letzten Jahr gestiegen und das trotz Sensibilisierungskampagnen wie etwa der Plakataktion „S'envoyer en l'air sans préservatif c'est SIDAngereux“. Damit haben sich in Luxemburg mehr Menschen mit dem Immunschwäche-Virus angesteckt als jemals zuvor seit dem ersten Auftreten der Krankheit 1983. Auch stellen entgegen einem verbreiteten Denkmuster nicht homosexuelle Kontakte, sondern heterosexuelle Kontakte den häufigsten Übertragungsweg dar. Mittlerweile könne man nicht mehr von einer Risikogruppen reden, sondern vor allem von einem Risikoverhalten, meint Daniëlle Hansen-Koenig, „Directeur de la santé“. So will die „Aidsberodung“ zusammen mit dem „Comité de surveillance du SIDA“ in den nächsten Wochen anhand eines Fragebogens die näheren Umstände einer Infektion bei betroffenen Personen erfassen. Auch sollen die Informationskampagnen des mobilen Einsatzwagens weiter ausgebaut werden.

Chaises tournantes

Il y a du nouveau dans le monde des directeurs de musées au Luxembourg. Après le transfert d'Enrico Lunghi du Casino vers le Mudam, son ancienne maison vient de nommer son successeur au poste de directeur artistique. Au lieu d'aller voir à l'étranger, le Casino n'est pas allé chercher loin et a instauré le jeune curateur Kevin Muhlen, qui travaille au Casino depuis 2004, pour remplacer Lunghi. Ce geste inattendu a l'avantage que le savoir-faire reste dans les mains du Casino. De plus, si le jeune directeur avait besoin de changer d'air, il sait comment faire, vu qu'il est aussi guitariste de la formation de death metal Ex-Inferis. En même temps, profitons de l'occasion pour signaler que Marie-Claude Beaud ne travaillera finalement pas pour Puma - comme nous l'avions annoncé -, mais qu'elle continue sa virée dans les paradis fiscaux : prochaine station Monaco donc, où elle est en charge d'un tout nouveau musée d'art contemporain. Qu'importe, si elle y prend son pied !

Statut inique

« Un acte scélérat ». C'est ainsi que le journal électronique Goosch.lu qualifiait en 2007 la mise en place de la continuation du salaire dans le contexte de l'introduction du statut unique, célébré alors par tous les bords politiques. Mais une étude approfondie que peu d'acteurs politiques et syndicaux ont apparemment effectuée fait apparaître des désavantages de taille. Les Cassandres de gauche intitulent d'ailleurs leur article dans l'édition de Goosch.lu de cette semaine : « déi Lénk a malheureusement vu juste ! ». La fameuse continuation du salaire (« Lohnfortzahlung ») remplace en effet le système de remboursement du salaire, en cas de maladie, par les Caisses, par les entreprises elles-mêmes. Aux yeux du gouvernement, cette mesure était d'ailleurs considérée comme étant susceptible d'abaisser d'un tiers le « différentiel d'absentéisme » ! En clair : les heures supplémentaires ou le travail dominical habituellement prestés ne seront plus rétribués pendant la maladie, car les contrats de travail ne prévoient pas de rémunération sans prestation de travail. Cela a déjà eu la conséquence concrète, depuis le début de cette année, que des anciens ouvriers, désormais « salariés », ont reçu des fiches de paie amputées d'une partie sensible de leur salaire en cas de maladie. C'était ça, la réforme du siècle ?